



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Konsequenzen aus der Anhörung „Jungsein in Bayern“ VII: Jugendmigrationsdienste flächendeckend ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen flächendeckenden Ausbau der Jugendmigrationsdienste in Bayern einzusetzen.

Ziel ist es, in allen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten einen Jugendmigrationsdienst als Beratungsangebot für junge Menschen mit Migrationshintergrund einzurichten.

In über 20 Landkreisen in Bayern gibt es bisher überhaupt kein Angebot, in zahlreichen weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten müssen die unzureichenden Kapazitäten bei den Fachdiensten bedarfsgerecht ausgebaut werden. Bayern muss sich deshalb auf Bundesebene für einen deutlichen Ausbau der Jugendmigrationsdienste und für eine entsprechende Aufstockung des Förderprogramms einsetzen.

Begründung:

Die über 50 Jugendmigrationsdienste in Bayern sind ein wichtiges sozialpädagogisches Beratungsangebot für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Die Jugendmigrationsdienste bieten eine sozialpädagogische Begleitung bei Integrationskursen und Sprachkursen an. Sie bieten Hilfestellung bei der Wahl geeigneter Bildungs- und Ausbildungsgänge sowie bei besonderen integrationsbedingten Problemen und Krisensituationen. Ihre Angebote stehen auch jungen Flüchtlingen zur Verfügung. Gefördert werden sie aus dem Bundesprogramm „Jugend stärken“. Der Bund hat jedoch die Mittel für das Programm im Jahr 2016 erneut gekürzt.

Leider fehlt in Bayern bisher ein flächen- und bedarfsdeckendes Angebot an Jugendmigrationsdiensten. In weit über 20 Landkreisen gibt es überhaupt keine eigenen Jugendmigrationsdienste. In anderen Landkreisen und kreisfreien Städten reichen die vorhandenen personellen Kapazitäten aufgrund der steigenden Zuwanderung und der stark erhöhten Zahl junger Flüchtlinge nicht mehr aus. Im Vergleich der Bundesländer steht Bayern beim Ausbau der Jugendmigrationsdienste nur auf Platz 16, bei der Zuwanderung junger Migranten und Flüchtlinge aber auf Platz 2.

Der Freistaat und die Kommunen müssen sich für eine bessere Einbindung der Jugendmigrationsdienste in die örtlichen Bildungs- und Jugendhilfeangebote sowie in die kommunale Jugendhilfeplanung einsetzen. Ziel ist eine bessere Vernetzung aller Angebote für Jugendliche im Sozialraum und eine verstärkte interkulturelle Öffnung sozialer Einrichtungen und Dienste. Außerdem erfordert die verstärkte Zuwanderung eine Qualifizierungsoffensive zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen für alle Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit.